

Die „Reuter“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Auslieferung des Monats für Deutschland 12 Mk. im voraus zahlbar. Für Vorkauf nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Vorbehalt bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Baltikum, Finnland sowie die russischen Provinzen Ostpreußen, Litauen, Lettland, Estland 27 Mk., für das übrige Ausland 30 Mk., für die Postämter in Österreich-Ungarn 30 Mk. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 50.

Die abgepaarten Konkreteile über deren Raum kostet 6.— Mk. einschließlich Lieferkosten. Kleine Anzeigen: Das festgesetzte Wort 2.— Mk., jedes weitere Wort 1,50 Mk. einschließlich Lieferkosten. Große Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,50 Mk. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgesetzte Wort 1,50 Mk., jedes weitere Wort 1.— Mk. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

SOZIALDEMOKRATIE

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Entwaffnung Deutschlands

Was bisher vernichtet wurde

London, 28. September.

Das Reutersche Bureau erzählt, daß den letzten in maßgebenden britischen Kreisen eingegangenen Berichten zufolge die Interalliierte Kontrollkommission ihre Aufgabe der Entgegennahme zur Zerkünderung der von Deutschland anwesenden Waffen so gut wie beendet hat und sich jetzt mit der Kontrolle der verschiedenen Polizeitruppen befaßt. Bis Mitte September seien nur noch 102 Geschütze zur Vernichtung übrig geblieben, nachdem 3280 Geschütze bereits zerstört worden seien. Es müßte noch eine Million Tonnen geladener Granaten zerstört werden, 34 Millionen Tonnen seien bereits vernichtet worden. Es seien nur noch 186 Grabenmörser vorhanden, während 110 340 (?) bereits zerstört worden seien. 2852 Maschinengewehre seien noch unversehrt, ausgeliefert und zerstört seien 4160. An Munition für kleine Waffen seien zerstört 355 Millionen Patronen, 90 Millionen seien noch vorhanden.

Reuter erklärt, die Kontrollkommission sei von den Fortschritten der Auslieferung und Zerkünderung der deutschen Waffen vollkommen befriedigt. In amtlichen Kreisen werde erklärt, daß nicht die geringste Befürchtung wegen irgendeiner Möglichkeit herrsche, daß Deutschland in der Lage sein könnte, ein Heer zu organisieren und auszurüsten, das so groß sei, daß es irgendeine Gefahr für die Alliierten bedeute. Waffen seien natürlich reichlich vorhanden, es fehle jedoch an allen nötigen Waffen und an Ausrüstung.

Die „Times“ lassen nicht locker!

EE. London, 28. September.

Die „Times“ kommen noch einmal darauf zurück, daß die Abrüstung Deutschlands nicht vollständig durchgeführt wurde und sie wenden sich gegen die Reutersche Note, die die Arbeiten aufzählt, die die interalliierte Kontrollkommission in Deutschland durchgeführt hat. Die „Times“ erklärt dazu: Kluge und gut unterrichtete Beobachter in Deutschland werden den Optimismus dieser Reutersche Note nicht teilen. Niemand wird annehmen können, daß Deutschland gegenwärtig oder in einer Reihe von Jahren fähig wird, große Armeen aufzustellen. Die wahre Gefahr seit dem Waffenstillstand besteht darin, daß Deutschland jene Organisationen aufrechtzuerhalten oder wiederherzustellen sucht, die ihm die Aufstellung großer Armeen für später ermöglichen würden. Die Aufzählung der zerstörten Mengen an Waffen und Munition mocht auf die „Times“ keinen Eindruck. Wenn die Waffen und Munition zerstört worden seien, so sei dies gut. Aber diese Waffen waren zum größten Teil veraltet, und die Militärlisten jenseits des Rheins denken für den nächsten Krieg bereits an neue vollkommene Rüstungen. Im übrigen seien die von Reuter veröffentlichten Zahlen nicht vollständig. Die Reutersche Note behauptet, Deutschland habe nur 163 000 Gewehre. Wie konnten dann aber die irregulären Truppen bewaffnet sein, die allein zwei Divisionen bilden. In Ostpreußen und auch auf andere Weise suchen die Deutschen der Wachsamkeit der Kontrollkommission zu entgehen. Zum Schluß drückt das Blatt seine Ungenugung darüber aus, daß sich die Kontrollkommission nun auch um die Schutzpolizei, die ein Elitekorps bilde, kümmern wolle.

Die Ohnmacht des Völkerbundes

Keine Hilfe für Sowjet-Rußland!

Genf, 27. September.

In zweifelhäufiger Beratung brachte die 6. Kommission des Völkerbundes den Beweis, daß das geplante Hilfswort für Rußland seitens des Völkerbundes so gut wie gescheitert ist. Zwar sollen die Beratungen morgen fortgesetzt werden, um noch verschiedene Vorschläge zugunsten Rußlands zu prüfen, aber soviel steht fest: die Mächte haben endgültig die von Nansen so dringend geforderte Hilfe für Rußland abgelehnt. Der Bericht der Unterkommission für die Rußlandhilfe, den der Schweizerische Delegierte Kotta erstattete, läßt keinen Zweifel mehr darüber bestehen, daß damit auch eine wirksame Völkerbundaktion unmöglich geworden ist. Begründet wird die Weigerung damit, daß Rußland noch über beträchtliche Geldmittel verfügt. Die Kommission muß sich angesichts der Weigerung der Mächte an die privaten Hilfsorganisationen wenden und sich mit der Hoffnung begnügen, daß die bevorstehende Brüsseler Konferenz, an der auch die Vereinigten Staaten und Deutschland teilnehmen, eine Lösung finden werde. Immerhin glaubt sie, durch Liquidation der Kriegsoberträge Restauslieferungen an Rußland zu ermöglichen.

In ergreifenden Worten beklagte Nansen, daß die Kredithilfe verweigert wird, und protestiert gegen den ungeheuren Lügenlogus, den die Völkerbundmächte mit politischem Ziel gegen die Hilfsaktion organisiert haben. Die Tatsache, daß 26 Millionen Menschen vom Tode bedroht seien, sei so furchtbar, daß er unmöglich glauben könne, Europa werde mit verwehrten Armen zusehen.

Bundesrat Kotta, der ebenfalls ein starkes Mitgefühl für Rußland ausdrückte, wies darauf hin, daß es sich leider um eine Kompetenzfrage handle. Die Kommission könne sich nicht an den

von Nansen mit der Sowjetregierung abgeschlossenen Vertrag halten, weil Nansen als Beauftragter der Internationalen Konferenz, nicht aber als Beauftragter des Völkerbundes gehandelt habe. Auch müsse er feststellen, daß wenn in Rußland eine Regierung wäre, die das Vertrauen der übrigen Welt besäße, die Hilfsaktion mit gewaltigen Kräften eingeleitet hätte.

Lord Robert Cecil stellte sich auf die Seite Nansens. Er forderte, daß die Regierungen jetzt offen aussprechen, daß sie nicht in der Lage sind, Kredite zu gewähren, damit der Völkerbund frei von Verantwortung sei. Er wünschte, daß, falls die Finanzlage sich ändere, der Völkerbundrat, dem Nansen als Oberkommissar noch beigegeben wird, zur Fortführung der Organisation ermächtigt wird. Auf jeden Fall müsse in der Resolution die Anspielung auf die russischen Geldmittel gestrichen werden, weil sie eine politische Spitze habe. Er billigte endlich das Abkommen Nansens mit Sowjetrußland.

Nansen, der nochmals das Wort ergriff und von neuem gegen den Lügenlogus protestierte, wies auf die erschütternde Tatsache hin, daß die Not in Rußland täglich steigt, während die Regierungen in Europa eine Konferenz nach der anderen einleiten, die nichts Positives erzielen und nur die kostbare Zeit vergeuden. Der englische Vertreter Fisher gab hierauf die Erklärung ab, daß die Regierungen tatsächlich offiziellen Kredit nicht gewähren wollen. Obgleich England davon überzeugt sei, daß die Sowjetregierung aus eigenen Mitteln die notwendigen Lebensmittel kaufen könne, sei er mit der Streichung der Anspielung auf die russischen Geldmittel einverstanden.

Eine internationale Währungskonferenz

Wie Reuter meldet, nehmen die Vorbereitungen für die Abhaltung einer internationalen Währungskonferenz in London Anfang Dezember guten Fortgang. Die Konferenz wird von bekannten englischen Finanzautoritäten in die Wege geleitet, um die ganze Währungsfrage zu prüfen und ein Programm für die Maßnahmen zu entwerfen, durch die die Währungen der verschiedenen Länder wieder hochgebracht und die Goldwährung wieder hergestellt werden soll. Die Chefs der einzelnen Länder sind zur Entsendung von Delegierten aufgefordert worden. Zustimmung haben sich bereits die Vereinigten Staaten, Frankreich, Deutschland, die Niederlande, Schweden und Dänemark geäußert.

Wirtschaftliche Gesundung und Weltfrieden

Am 11. Oktober beginnt in London eine vom Rat zur Bekämpfung des Hungers und zum wirtschaftlichen Wiederaufbau sowie von der Friedensgesellschaft veranstaltete Internationale Konferenz, auf der die Fragen der wirtschaftlichen Gesundung und des Weltfriedens erörtert werden sollen. Daran nehmen teil Delegierte aus England, Frankreich, Italien, Deutschland, Holland, Ungarn, Österreich, Schweden und Japan. Es ist auch eine Kundgebung in der Central Hall von Westminster zugunsten der Abrüstung vorgesehen.

Eine neue Note der Entente

Gegen den Boykott französischer Waren

Obgleich die sogenannte Bonkottnote sich seit Mitte des Monats beim Auswärtigen Amt befindet, wird ihr Inhalt erst jetzt der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die Note wendet sich gegen die systematische Boykottbewegung gegen französische Waren, zu der die Initiative vom deutschen Leinwandhandel Anfang 1920 ausgegangen sein soll. Es folgten die Wirtschaftsverbände für Wein, Kaffee, der Hanjabund, die Hamburger Rederkräfte und die Hoteliers und Gastwirtsverbände. Von Zeitungen nennt die Note die Fachblätter für Optik, Leder, Wein, die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ und das „Stuttgarter Tagblatt“.

Die Note beschäftigt sich ferner mit den Flugschriften und Plakaten, die zum Boykott auffordern und sie behauptet, daß hier eine Organisation, die von einem zentralen Komitee geleitet sei, vorliegen müsse. Sie fordert die deutsche Regierung auf, gegen diese Bewegung einzuschreiten, um nicht eine Gegenbewegung in Frankreich hervorzurufen, die den Absatz deutscher Waren dort unmöglich machen würde.

Die Note befindet sich zur Zeit im Wirtschaftsressort des Auswärtigen Amtes, das noch keine Stellung zu ihr genommen hat. Es wäre überaus bedauerlich, wenn die Regierung diese Note unterschätzen würde, etwa in der Annahme, daß sie mit Aufgabe der Sanktionen hinfällig werden würde.

Polizeipräsident Böhmert ist heute zurückgetreten. Er erklärte, daß die Verhältnisse es noch nicht gestattet hätten, die bewährten Bestimmungen des bayerischen Ausnahmerechts preiszugeben, zumal für die nächsten Monate die schwersten Erschütterungen des wirtschaftlichen und politischen Lebens bevorstehen. Unter diesen Umständen sei er anerkennend, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung weiterhin zu übernehmen, und habe heute um Enthebung von seinem Amt gebeten.

Görlitz und die Regierungsbildung in Thüringen

Aus Thüringen wird uns geschrieben:

Als feststand, daß die Landtagswahlen in Thüringen eine sozialistische Mehrheit gebracht hatten, wurde in der thüringischen Arbeiterpresse aller drei Richtungen sehr schnell eine Verständigung darüber erzielt, daß nun auch eine sozialistische Regierung gebildet werden müsse. Die Presse der Unabhängigen Sozialdemokratie hatte in der Erörterung der Regierungsbildung durch die proletarischen Parteien unbestritten die Führung; aber auch die kommunistischen und rechtssozialistischen Organe haben es dann nicht daran fehlen lassen, zu betonen, daß die sozialistische Mehrheit im Landtag ihre Auswirkung in der Landesregierung finden müsse. Mit einer bedeutungslosen Ausnahme: der Rechtssozialist Hofmann in Saalfeld, von seinen eigenen Genossen boshaft als der „Kluge und maßvolle Staatsrat“ getauft, vertrat von Anfang an die Forderung der Regierung der Mitte; die von ihm vorgeschlagene Koalition sollte sich bis zum Landtag, dem offiziellen Anhängsel der Deutschnationalen, erstrecken. Hofmann ging also schon über die in Görlitz beschlossene Stimmführung hinaus. Von sämtlichen bürgerlichen Parteien wurde dieser Vorschlag mit Jubel aufgenommen, indes die Thüringer Rechtssozialisten in ihrem Jenaer Hauptorgan erklären ließen, Hofmann sei ein Eingänger.

Soweit war die öffentliche Erörterung der Thüringer Regierungsfrage gediehen, als der Parteitag in Görlitz begann und die famose Resolution über die Revisoriktionierung der Koalitionspolitik mit großer Mehrheit annehmlich.

Die Verhandlungen und der Beschluß von Görlitz haben selbstverständlich auch für die Regierungsbildung in Thüringen eine neue Situation geschaffen. Das um so mehr, als Hermann Müller in der Debatte Gelegenheit nahm, den mit der Erweiterung der Koalition nach rechts nicht einverständigen Thüringer Delegierten Kieß aus Jena mit einigen neuerwordenen staatsmännischen Weisheiten anzukommen. Nach dem Bericht hatte Kieß gesagt:

„Bedenklich war die Schonung, die Krüger der Deutschen Volkspartei angedeihen ließ, während er die Unabhängigen mit Haß überschüttete. Wenn wir die Koalition mit der Deutschen Volkspartei schließen, dann sind Trennungswände zwischen uns und den Unabhängigen ausgerichtet, während die Massen nach Einigung rufen. Es ist sehr leicht, Unabhängige zu schwächen, wenn sie sich nicht verteidigen können. (Lachen.) Wir müssen die Einigung mit den Unabhängigen vorbereiten, schon um die Republik auf weite Sicht zu sichern.“

Darauf ging Müller ein und führte aus:

„Die Politik ist keine Wissenschaft, sondern eine Kunst. Aber solche Reden zu halten wie Genosse Kieß dies getan hat, ist keine Kunst. Solche Reden habe ich früher auch gehalten. (Große Heiterkeit.) Nämlich, als ich nach Görlitz kam, war ich 23 Jahre alt, und an diese Zeit hat mich Genosse Kieß erinnert. Aber damals standen wir gegenüber unserem Obrigkeitstaat, unserem Todesfeind. Der Republik gegenüber haben wir eine ganz andere Staatsgesinnung zu betätigen. (Sehr wahr!) Verbrennt doch endlich die Manuskripte, die ihr für Volkserfassungen vor der Revolution angefertigt habt! (Sehr gut! und Heiterkeit.) Ueber die Erfolge der Thüringer Genossen sind wir alle erfreut. Aber nun müssen die Thüringer Genossen mit ihrem Siege auch etwas anfangen. Noch kann niemand sagen, ob die Unabhängigen vernünftig sein werden. Niemand im Parteivorstand, im Parteiausschuss und in der Kontrollkommission will unter allen Umständen mit der Deutschen Volkspartei in die Regierung. (Sehr wahr!) In Thüringen fehlen da für alle Voraussetzungen.“

Kieß sprach aus den Erfahrungen mit der Deutschen Volkspartei im früheren Thüringer Parlament und unter dem Eindruck der sozialistischen Mehrheit. Müller, Staatsmann, ehemaliger Reichsanzler, die organische Verlängerung des „Klugen und maßvollen Staatsrats von Saalfeld“, wendet sich gegen diese Auffassung, muß aber schließlich doch zugeben, daß in Thüringen alle Voraussetzungen für eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei fehlen. Immerhin hat der Beschluß von Görlitz in Verbindung mit den billigen Redensarten von Hermann Müller neue Hoffnungen in den bürgerlichen Parteien Thüringens geweckt; ihre Presse gibt sich die erdenkliche Mühe, nachzuweisen, daß nun doch noch eine Koalition der Rechtssozialisten mit den Mittelparteien möglich sei. Wenn nun aber der Görlitzer Koalitionsbeschluß ohne jede bindende Verpflichtung ist, nur von Fall zu Fall angewandt wird, den Landesparteien insbesondere völlig freie Hand läßt, so machen die thüringischen Rechtssozialisten von diesem selbstverständlichen Recht sicher Gebrauch. In ihren Reihen findet die Parole: „Rechtsschwenk, Marsch!“ keine Zustimmung.

Das „Volk“ in Jena schreibt am Donnerstag zu der Frage, ob Koalitionspolitik oder sozialistische Regierung, folgendes: „Die Thüringer Sozialdemokratie lehnt, wie wir im getriggen „Volk“ ebenfalls bereits sagten, bei der jetzigen geistigen Verfassung der Deutschen Volkspartei eine Koalition mit die“

ser Partei überhaupt ab und kann diese Möglichkeit bei der bevorstehenden Regierungsbildung in Thüringen nicht in Erwägung ziehen.

Wir haben auch jetzt keine Ursache von unserer Forderung: Bildung einer reinsozialistischen Regierung für Thüringen abzugehen, zumal auch die übrigen sozialistischen Parteien Thüringens grundsätzlich ihre Bereitwilligkeit dazu erklärt haben, unter Bedingungen, die durchaus erfüllbar sind. Das, was die Kundgebung der U. S. P. vom 20. September fordert, sind zum größten Teil sozialdemokratische Selbstverständlichkeiten, die zum Teil sogar schon hätten verwirklicht werden können, wenn die U. S. P. ihre politische Abstinenz früher aufgegeben hätte.

Der Artikel schließt, nachdem der rechtsputschistische Charakter der Deutschen Volkspartei und des Landbundes gekennzeichnet ist, mit den Worten: „Es muß schon dabei bleiben: Reinsocialistische Regierung!“ Danach würden die Thüringischen Rechtssozialisten ihrer ursprünglichen Forderung treu bleiben. Wir begrüßen das, und Thüringen wird wie bisher den Beweis dafür erbringen, daß die Arbeiterklasse ihre politischen und wirtschaftlichen Forderungen nur im Kampfe gegen die kapitalistischen Parteien durchsetzen kann.

Hinsichtlich der Koalitionsbereitschaft der Kommunisten scheint uns ein Hindernis dadurch aus dem Wege geräumt, daß die sächsischen Kommunisten am verflochtenen Dienstag im Sonderauschuß des Landtages der nicht zu umgehenden Grundsteuer zustimmen; sie wagten es nicht, die im Falle der Ablehnung eintretende politische Konsequenz auf sich zu nehmen: Sturz der sozialistischen Regierung. Für die Thüringer Kommunisten handelt es sich in diesem Augenblick um dasselbe: sozialistische Regierung oder Koalitionsregierung. Und man muß wohl annehmen, daß das, was den sächsischen Kommunisten recht ist, den Thüringischen Kommunisten nicht „Verrat“ sein kann. Sie werden in der Grundsteuerfrage ihre grundsätzliche Einstellung aufgeben müssen; das bedeutet zwar den Verlust einer großen Agitationsphase, aber auf der anderen Seite den Gewinn einer wichtigen Position in dem Kampfe um die Eroberung des Staates.

Unter Berücksichtigung dieser Dinge stehen trotz der für die Aussichten für eine sozialistische Regierung in Thüringen unverändert günstig. Tritt der Landtag am 6. Oktober zusammen, dann wird, so hoffen wir, jedes sachliche Hindernis gegen eine sozialistische Regierung aus dem Wege geräumt sein.

Demokraten und Regierungsbildung

Die Demokraten sind zufrieden. Die hartnäckigen Bemühungen ihres rechten Flügels, die Deutsche Volkspartei in die Regierungskoalition hineinzubugieren, haben nicht wenig dazu beigetragen, die rechtssozialistischen Parteiführer zu ihrem verhängnisvollen Görlitzer Beschluß zu veranlassen. In einer gestern stattgefundenen gemeinsamen Besprechung der demokratischen Fraktionen des Reichstages und des preussischen Landtages wurde mit Genugtuung festgestellt, daß das von den Demokraten seit langem erstrebte Ziel der Verbreiterung der Koalition nun endlich erreicht sei. Wie nicht anders zu erwarten, wurde diese politische Rechtschwenkung von den Demokraten als ein „taktischer Fortschritt“ bezeichnet. Erst die Verbreiterung der Koalition gäbe der parlamentarischen Regierung jene Stabilität, ohne die eine Diskreditierung des Parlamentarismus zu befürchten sei. Den Herren Demokraten entging es offensichtlich, daß es keine schlimmere Diskreditierung des Parlamentarismus gibt, als wenn man den nach durchgreifenden wirtschaftlichen und politischen Reformen und nach Befestigung der Republik drängenden Willen der großen Volksmehrheit dadurch verläßt, daß man offene oder verkappte Feinde dieser Bestrebungen in die Regierung hineinwinkt.

In dieser grundlegenden Tatsache wird nichts dadurch geändert, daß sich die Demokraten ausdrücklich für ein Kabinett Wirth aussprechen und ferner fordern, daß von der Deutschen Volkspartei ein offenes und unzweideutiges Bekenntnis zur demokratischen Republik zu verlangen

sei. In Wirklichkeit wird das Kabinett Wirth, wenn die Deutsche Volkspartei in die Regierung hineingeht, nur ein Schattendasein führen und mit gedrohenem Rücktritt drohensüchtig sein. Und das Bekenntnis der Deutschen Volkspartei zur Republik dürfte, wenn es abgegeben sein wird, zu jenen „kalten Eiden“ gehören, deren politischer Wert gleich Null ist.

Weit charakteristischer als diese dekorativen Phrasen, mit denen die Demokraten ihre reaktionäre Politik verzieren, ist die Tatsache, daß die geistige Konferenz der Demokraten es als wünschenswert bezeichnet, die Umbildungen der Regierung im Reich und in Preußen möglichst gleichzeitig vorzunehmen; denn es empfehle sich nicht, zunächst mit der Neubildung in Preußen zu beginnen und so die Möglichkeit herbeizuführen, daß alsdann die Neubildung im Reich ins Stocken komme.

Dieser Beschluß bedeutet, daß die Demokraten die Garantie für die Unantastbarkeit des Kabinetts Stegerwald übernehmen wollen, bis die Neubildung der Regierung im Reich vollzogen ist. Sie haben zwar die Rechtssozialisten zur Verbrüderung mit der Stinnespartei gedrängt, trauen ihnen aber doch nicht über den Weg und bestehen, ehe sie die Severing und Braun ins preussische Kabinett hineinlassen, wie Syllod auf ihrem Schein.

Der abgeflagte Revanchekrieg

Keine „Einheitsfront“ mit den Nationalisten!

Die „Kreuz-Zeitung“ nimmt die Rede Churchill zum Anlaß, um in ihrem Leitartikel der heutigen Morgenausgabe zu verlangen, daß Deutschland die für eine Revision des Versailler Vertrages nicht ungünstige Konjunktur wahrnehme. Die Stimmung dafür sei bei den Alliierten günstiger geworden, mit Ausnahme allerdings von Frankreich, wo man mehr denn je auf unbedingte Erfüllung des Vertrages bestohe. In Deutschland sei leider die Bewegung gegen den „Diktatfrieden“ abgeflaut. Die Regierung müßte eine Propaganda gegen die Schuldfrage führen, denn entfalle dieser angebliche Rechtsgrund, so müßte die Entente zu einer völligen Umstichung des Vertrages greifen. Wir hören weiter:

„An einen Revanchekrieg denkt in Deutschland kein Einseitiger. Entwarfnet und militärisch niedergeschlagen, sind wir ihn zu führen überhaupt nicht in der Lage. Aber andere Mittel stehen uns zur Verfügung. Mit einem Schläge allerdings sind die Forderungen aus Revision des Versailler Vertrages nicht zu erreichen. Außer Zeit erfordern sie Staatsmänner, die Mut und Kraft besitzen, den Völkern der Entente zu sagen, daß der Frieden politisch und wirtschaftlich eine Unmöglichkeit ist, und daß ein Volk von mehr als 60 Millionen nicht dauernd in der Knechtschaft sich halten läßt. Der Sieg über den Geist von Versailles kann aber nur errungen werden, wenn alle Deutschen ohne Unterschied der Partei und des Standes sich zu einer Einheitsfront zusammenschließen im Kampf gegen den Friedensvertrag.“

Die deutschnationalen Figuren werden schmunzeln, wenn sie das lesen. Und wenn sie diese Sätze für ernst nehmen müßten, so würden sie die sofortige Auslösung der „Kreuz-Zeitung“ aus der Gemeinschaft aller Patrioten verlangen. In Wirklichkeit ist der Gedanke an einen Revanchekrieg in den deutschnationalen Kreisen sehr lebendig. Und wenn man ihnen nur das dazugehörige Waffenmaterial lassen würde, so begännen sie ihn lieber heute als morgen. Die Bürgerschaft für die Erhaltung des Friedens liegt nicht bei der „Kreuz-Zeitung“ und ihrer Gefolgschaft, sondern bei der werktätigen Bevölkerung, die dafür sorgen muß, daß jeder Gedanke an einen Revanchekrieg im Reime erstickt wird.

Die Arbeiterschaft lehnt also die „Einheitsfront“ mit den Nationalisten zur Revision des Friedensvertrages dankend ab; sie wird vielmehr dieser reaktionären Sippschaft das Handwerk legen und dadurch der Welt zeigen, daß der Friedensgedanke eine sicherere Grundlage hat, als die augenblickliche Ohnmacht der deutschen Nationalisten und Säbelzahler. Eine Aenderung des Friedensvertrages ist nicht von einer „Einheitsfront“ zu erwarten, die sich unter die Führung der Deutschnationalen begibt, sondern nur dann, wenn die Ein-

heit bei den Alliierten wächst, daß die Verwüstungen des Krieges nur durch die gemeinschaftliche Arbeit aller Kulturnationen wieder gutgemacht werden können.

Zusammentritt des Landtags

Der preussische Landtag ist am heutigen Tage zu seiner ersten Sitzung nach den Ferien zusammengetreten. Auf der Tagesordnung steht eine Reihe von Vorlagen, die vor den Ferien nicht erledigt werden konnten. Im Mittelpunkt der kommenden Sitzungen werden die Beratungen über den Etat stehen, der bekanntlich noch nicht verabschiedet ist. Es haben noch nicht einmal alle Einzelstücke die Ausschuhverhandlungen passiert. Die wichtigste Debatte wird sich bei der Beratung über den Etat des Innern entspinnen. Es ist fraglich, ob der Gesamtetat im Laufe des Monats Oktober verabschiedet werden kann, da die Beratungen sicher mehrmals unterbrochen werden müssen. So wird die Neubildung der Regierung über die schon Verhandlungen gepflogen werden, eine längere Aussprache auslösen, ebenso wird die Aussprache über die Interpellationen, die von den beiden Rechtsparteien aus Anlaß der letzten, mit der Ermordung Erbergers im Zusammenhang stehenden Ereignissen eingebracht worden sind, längere Zeit in Anspruch nehmen.

Was noch geschehen muß

Mit vollem Recht hat im Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages der Vertreter unserer Partei darauf hingewiesen, daß die bürgerlichen Parteien wohl mit dem Erlöschen zwischen Berlin und München zufrieden sein könnten, die Arbeiterklasse dagegen muß verlangen, daß alle Ausnahmemaßnahmen sofort beseitigt werden und daß das reaktionäre System und seine Träger von der Bildfläche verschwinden. Die Vereinbarungen können in der Tat nur den Anfang dessen bedeuten, was noch zu geschehen hat. Das nächste ist die Beseitigung der sogenannten Volksgesichte, die in Wirklichkeit nur Ausnahmegerichte gegen die Arbeiterbewegung sind. Eine zweite Forderung, die sofort erfüllt werden muß, ist die Säuberung der bayerischen Polizei von allen reaktionären Elementen, an deren Spitze der Münchener Polizeidirektor Bochner steht. Dieser Mann insbesondere ist vor aller Öffentlichkeit und mit hinreichendem Material belegt beschuldigt worden, Hochverrat begünstigt und damit seine Amtspflichten gründlich verletzt zu haben. Es ist ein unbegreiflicher Zustand, daß Herr Bochner noch immer eines der wichtigsten Ämter des Landes bekleidet darf, statt daß sich seiner die Staatsanwaltschaft angenommen hätte!

Zwei politische Tote

Das Unglück rettet schnell

Die „rote Fahne“ teilt heute morgen die Gründe mit, die Ernst Däumig und Adolph Hoffmann veranlaßt haben, der kommunistischen Partei den Rücken zu kehren. In einer Sitzung der Reichstagsfraktion am Montag erklärte Ernst Däumig, daß die Beschlüsse des Parteitag in Schaerfen gegen die inneren Beschlüsse der Partei die halbanarchistische und ganzanarchistische Tendenz gefestigt hätte. Die Situation in der Partei sei derart, daß er sich keine fruchtbare Arbeit in der Partei versprechen könne. Däumig müsse er für sich und auch für den Genossen Hoffmann den Austritt aus der Fraktion und der Partei erklären. Adolph Hoffmann teilte daraufhin ganz kurz mit, daß er sich in allen Punkten den Ausführungen Däumigs anschließe, und verließ zusammen mit Däumig das Fraktionszimmer.

Erläuternd fügt die „rote Fahne“ hinzu, daß Adolph Hoffmann noch am Sonnabend an einer Fraktionsnotstandsbesitzung teilgenommen und nicht das mindeste von seinen Absichten geäußert habe. Sein plötzlicher Austritt habe das Vertrauen aller kommunistischen Fraktionsmitglieder hervorgerufen. Die „rote Fahne“ wehrt sich gegen den Vorwurf, daß die kommunistische Partei anarchische Politik betriebe, und stimmt eine bewegte Klage darüber an, daß man wiederum erleben müsse, daß einige führende Genossen die Situation in der deutschen Arbeiterbewegung absolut verkennen. Das Unglück rettet schnell.

Die Kunst im Arbeiterheim

Die Entwicklung des deutschen Proletariats fällt in eine Zeit betrüblichster Kulturarmut. Seit drei Generationen gibt es in Deutschland eine moderne industrielle Arbeiterklasse: Die erste Generation erlebte die Revolution von 1848, die zweite den deutsch-französischen Krieg, die dritte den Weltkrieg und den darauffolgenden Zusammenbruch der monarchistisch-militaristischen Staatsform. So reich diese Zeit an politisch-historischem Geschehen war, so arm war sie an kulturellem Besitz. Die Zeit des neuen deutschen Kaiseriums, die vielgepriesene wilhelminische Epoche, die Zeit also, in der sich die Arbeiterklasse endgültig bildete und zu ihrer gegenwärtigen Bedeutung heranzuwuchs, ist nun gar eine Periode schlimmsten Kulturbarbarentums. Höllingstum und kapitalistische Marktbezüge, Untertanenfinn und bonasenshaftes Proterium einer Klasse von Grundbesitzern und Emporkömmlingen bestimmten den geltenden Kunstgeschmack. Starke künstlerische Persönlichkeiten, typische Richtungen mit eigenem Willen vermochten sich nur mit Mühe gegen die Unkultur des offiziellen Kunstbetriebes durchzusetzen. Schlechte Massenware, anhen dünn und prahlend, innen hohl und faul, beherrschte die „Kunst“ auch in der Kunst. Ein wichtiger, aus geistiger Größe kommender, überwältigender künstlerisch-kultureller Auftrieb fehlte vollständig; nichts zeigte sich auch nur im Keim, was den geschlossenen Leitungen früherer Perioden der Kunstgeschichte an die Seite zu stellen wäre.

In dieser Zeit erlebte die deutsche Arbeiterklasse ihr geistiges Erwachen und, dank der Tätigkeit ihrer Gewerkschaften, auch ihren sozialen Aufstieg. Was in den sozialagen oberen Regionen der Gesellschaft an Kunstschöpfungen — dem gekennzeichneten Marktgeschmack entsprechend — entstand, gelangte in industrialisierter, vollkommen verkäuflicher Form und in minderwertigstem Material auch in die Arbeiterklasse: Das Wuschelmöbel, das Dekorativbild und gipserner Nippeschand, denen sich später das Gramophon würdig zugesellte, hielten ihren Eingang in das Arbeiterheim. In einer Zeit ihres mächtigsten Aufstrebens, in der die arbeitende Klasse bereit gewesen wäre zum Empfang reichster Kunstschöpfung und zum ergebnisreichen Mitschaffen, wurde sie vergiftet mit unwürdigstem Schund. Eine große, jede eigene kulturelle Bewegung in der Arbeiterklasse erscheinende Geschmacksverwüstung breitete sich mit diesen Kunstgewürn in den Wohnstätten der arbeitenden Massen aus.

Bis sich innerhalb der Arbeiterklasse eigene Kräfte regten, um den Massen den Weg zum Kunstleben zu bahnen. Der geistig fortgeschrittenste und energiegelichste Teil kaufte die Volkstheater in Berlin und an einigen anderen Orten; sie erschlossen der Arbeiterklasse das Theater. Die Bildungsausschüsse der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung breiteten ihre Wirksamkeit

schnell auch über das gesamte Gebiet der Kunst aus; neben Kunstabend und guten Konzerten hielten sie der Arbeiterschaft in Büchern und Bilderausstellungen Literatur und Heimskunst von gewähltem Geschmack. Und diesen Bestrebungen gefellte sich nun als neues Glied, als weitere Stufe des Aufstiegs der Arbeiterklasse zu eigenem Kulturbewußtsein der Volkskunstverlag „Das Bild“ (Berlin-Mariendorf, Aufzürststraße 19).

Die vier großen Gewerkschaften der graphischen Industrie haben sich zusammengetan, um in Gemeinschaft mit den Arbeitern und Angestellten der Reichsdruckerei dieses Unternehmen ins Leben zu rufen, als eine Genossenschaft, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Schätze der Meister der bildenden Kunst aller Kulturepochen in vornehmen und originalgetreuen Wiedergaben herzustellen. Die Bildungsausschüsse und die Buchhandlungen der beiden sozialdemokratischen Parteien in Berlin haben sich der Genossenschaft angeschlossen, und auch die Konsumgenossenschaft wird ihre Einrichtungen zum Vertrieb der Drucke zur Verfügung stellen. Durch die Ausschaltung eines jeden Gewinnes wird ein Preis möglich gemacht, der es dem Arbeiter, Angestellten und minderbediensteten Beamten gestattet, die Bilder als Wandbild in geeigneter Rahmung, wie zur Sammlung in Mappenform zu erwerben und den Kulturabfall des wilhelminischen Zeitalters, den belächelnden Schund, der leider noch immer die Wände der Arbeiterwohnungen bedeckt und die Schränke belastet, zu verbannen. Wird das Unternehmen auf solche Weise wirtschaftlich der Lage der Arbeiterschaft angepaßt, so soll es kulturell dem Bedürfnis unserer Genossen entsprechend gestaltet werden durch eine proletarischem Empfinden gemäße Auswahl der Werke. Drei große Bildwerke werden bereits zum Weihnachtsfest erscheinen.

Wir begrüßen freudig die neue Kunstschöpfung des Proletariats. Der Weg, den die Genossen gehen, die hier zur Tat geschritten sind, wird nicht ohne Dornen sein. Das Unternehmen wird gegen die Mißgunst der kapitalistischen Herren der Kunstmarktes, die den unlieblichen Konkurrenten nicht unbehelligt lassen werden, zu kämpfen haben. Aber eben darum muß sich die gesamte Arbeiterschaft auch hinter diese Organisation stellen. Auch sie ist ein Teil ihres Kampfes. Nicht ohne Zweck und Absicht haben die herrschenden bürgerlichen Klassen das Proletariat von aller Kultur ferngehalten. Feinere Gekultung, reicheres Innenleben, starkes Kulturbewußtsein — alles Eigenschaften, die durch echtes Kunstleben gefördert werden — sind gleichfalls Vorbedingungen des Erfolges der Arbeiterschaft. Die Bürger von Athen veräußerten die Schlacht, um ins Theater zu gehen — wir gehen zur Kunst, um die Schlacht zu gewinnen.

Die Räuber

Im Großen Schauspielhaus

Vor 13 Jahren hat Reinhardt sie im Deutschen Theater, vor 6 Jahren in der Volksbühne gespielt. Martin, der Regisseur des Großen Schauspielhauses, hat die revolutionäre Idee der Reinhardtischen Aufführung wiederholt: daß nämlich nicht die gräßliche Familie Moor, nicht Franz und Karl, sondern die wogende und kämpfende Masse der Räuber der eigentliche Held des Stückes ist.

Groß, wahrhaftig, kaum zum Ertragen hat es wieder gemirkt! Niemals hat sich ein Dichter mit einer größeren Explosion angefaßt, niemals hat eine gleich wilde Ungebürlichkeit gegen die Enge der Gesellschaft einen gleich gewaltigen Ausbruch gefunden. Das Volk mit den kläglich-traglichsten Revolutionen hat das stärkste Kunstwerk des revolutionären Temperaments geschaffen! Und doch kann man auch dies nur mit Einschränkungen anerkennen. So unbedeutend großartig Schillers Gesellschaftsdruck ist, als Philosoph und Politiker ist er schon in den Räubern, was jeder gute Deutsche ist: nationalliberal.

Wie handeln Franz und Karl, die Revolutionäre des Stückes? Franz revolutioniert die Moral und wird zum fallenden Verbrecher. Karl als Räuberhauptmann Räuber ungezügelter Frevel, bis er sich freiwillig dem Gerichte stellt. Warum? Weil er die Fehler seiner Methode erkannt hat und keine andere findet? Weil er vom Volke verlassen wird, das nicht ausreicht, um als Ganzes zu „Räubern“ zu werden und seine Feininger zu töten? Wirkliche Volkrevolution: die ahnte Schiller nicht. Aber er glaubte, daß die individualistische Willkür Karls irgendeine ewige Ordnung zugrunde richten würde, und deswegen machte er mit einer philosophischen Politistenmoral dem ganzen Treiben ein Ende, indem er Karl veranlaßt, freiwillig die „beleidigten Götter zu versöhnen“, eben jene, unter deren Schuß die Greuel des Jahrhunderts begangen wurden, gegen die sich der junge Schiller mit mehr Blut als irgendein anderer Mensch innerlich aufgewühlt hat.

Aber das ist das Große bei ihm: daß seine revolutionäre Inbrunst keine politische Nützlichkeit vermissen macht und seine erhabenen Sentimentalitäten uns bis zum Gruseln ergreifen.

In einer zerrissenen, roten Vorstellung wirkte nichts innerlicher auf mich als das Wiedersehen von Karl und Amalia. Wie Karl unerkannt von seiner Liebe spricht, die ihm, dem Totgesandten, treu blieb, und wie Amalia an ihren taugeliebten Geliebten denkt, dem sie treu bleibt, und wie beide fühlen, daß sie es sind, die voneinander leben, und Amalia zur Harje fährt, das alle, gemeinsame Lied zu singen, und Karl es aufnimmt und die nächsten zwei Zeilen singt und nicht, was so natürlich wäre, an den Hals Amalias fängt, sondern, da er sich doch als Räuber vorstellen muß, avventend hinausstürzt: das ist so furchtbar und erschreckend, daß man wie gebannt an der Bühne hängt, mag sie noch so entfernt sein, und wie in den großen Theatergebäuden ein Frösteln über die Wangen und die Koppant bis auf den Rücken hinunterläuft.

